

WIRTSCHAFTSTREUHAND ALTENBURG STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH

Fabrikstraße 36 * 04600 Altenburg

Informations-Brief für gemeinnützige Organisationen

* * * * *

Verschärfte Anforderungen an Einrichtungen der Wohlfahrtspflege

Nach dem Gesetzeswortlaut des § 66 AO darf die steuerbegünstigte Wohlfahrtspflege „nicht des Erwerbs wegen“ ausgeführt werden. Bereits mit Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 26. Januar 2016 änderte die Finanzverwaltung den Anwendungserlass zur AO (Abgabenordnung) und verschärfte ihre Interpretation dieser Voraussetzung. Sofern sich diese Auffassung durchsetzen sollte, können für soziale Einrichtungen hieraus gravierende Folgen entstehen.

Eine Einrichtung der Wohlfahrtspflege wird nach dieser Auffassung dann unzulässiger Weise „des Erwerbs wegen“ betrieben, wenn damit Überschüsse angestrebt werden, die den konkreten Finanzierungsbedarf des jeweiligen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes übersteigen. Unschädlich sind allenfalls Gewinne, die der Vorsorge der jeweiligen Einrichtung für die Zukunft dienen. Dazu zählen insbesondere (aber nicht abschließend) Mittel zum Inflationsausgleich (zurzeit unbedeutend) oder zur Finanzierung von betrieblichen Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Die Beschränkung der zulässigen Gewinnerzielung nur auf die Verhältnisse des jeweiligen einzelnen wirtschaftlichen Betriebes führt dazu, dass eine unzulässige Tätigkeit „des Erwerbs wegen“ vorliegt, wenn mit den Überschüssen auch andere Zweckbetriebe oder die übrigen ideellen Tätigkeiten mitfinanziert werden, sofern es sich nicht wiederum um Tätigkeiten oder Einrichtungen der Wohlfahrtspflege handelt.

Danach könnte ein Überschuss aus einem ambulanten Pflegedienst nicht mehr zum Ausgleich eines Fehlbetrages einer Einrichtung des betreuten Wohnens verwendet werden, obwohl die Einrichtungen selbst jeweils grundsätzlich steuerbegünstigt sind, aber eben nicht denselben Wirtschaftsbetrieb darstellen und letzterer nicht der Wohlfahrtspflege dient.

Es ist wohl abzusehen, dass die Finanzbehörden künftig verstärkt prüfen, welche steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betriebe die Organisationen im Einzelnen unterhalten und welcher Zweckbetrieb der Wohlfahrtspflege unter diesen Gesichtspunkten dann gegebenenfalls „des Erwerbs wegen“ betrieben wird. Diskussionen und Streitigkeiten über die gemeinnützigkeitsrechtliche Einordnung einzelner Tätigkeiten und über diese Begriffsbestimmung sind damit vorprogrammiert. Im schlimmsten Fall könnte dann für gewinnbringende Zweckbetriebe die Aberkennung als steuerbegünstigter Geschäftsbetrieb mit entsprechenden ertragsteuerlichen Folgen drohen.

Die Änderung des „Anwendungserlasses zur Abgabenordnung“ wird derzeit zwar heftig kritisiert und es gibt auch Anregungen, diese Änderungen wieder aufzuheben, der Ausgang ist aber offen.

**WIRTSCHAFTSTREUHAND ALTENBURG
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH**

Fabrikstraße 36 * 04600 Altenburg

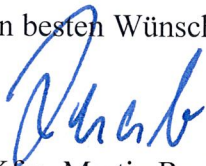
Fazit

Um auf die Prüfung der Finanzämter und anschließende Diskussionen vorbereitet zu sein, sollten betroffene Einrichtungen

- zumindest detaillierte Spartenrechnungen (Kostenstellen) für die jeweiligen Geschäftsbereiche erstellen und vorhalten
- bei gewinnbringenden Zweckbetrieben im Rahmen der Wohlfahrtspflege ist die Tätigkeit „des Erwerbs wegen“ zu hinterfragen und bei Quersubventionierung anderer Einrichtungen Lösungsansätze zu erarbeiten, um die Steuerbegünstigungen nicht zu verlieren.

Wenn sie zu diesen oder anderen Themen Fragen haben oder eine Beratung wünschen, setzen sie sich bitte mit uns in Verbindung.

Mit den besten Wünschen verbleibt



Dipl.-Kfm. Martin Raab
Steuerberater

Alle älteren Info-Briefe sind auch über unserer Internetseite verfügbar